



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ulrich, Hans: Kriegsführung und Politik : das neueste Werk Ludendorffs  
über den Weltkrieg : II : die Politik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

die Basis des Throns ständig verbreiterten. Burde der Moment hierfür verpaßt, wie 1848, kam es zu Unstimmigkeiten. Die Leistung des Volkes im Weltkriege erheischt, daß es fortan in seiner Gesamtheit zum Mitarbeiter der Krone berufen wird. Die Entwicklung unserer Institutionen erfolgt freilich nach ihrem eingeborenen Gejeh. Vom Ausland brauchen wir weder Belehrung noch Vorbilder.“ Ich kam dann zum Schluß. „Es ist zu hoffen, daß der Krieg als reinigendes Gewitter wirkt. Darüber, daß wir dort nicht wieder anknüpfen dürfen, wo wir bei Kriegsbeginn aufgehört haben, ist sich alle Welt einig. Was aber werden soll, weiß noch keiner. Man kann jedoch bestimmt angeben, was nicht kommen darf. Der Friede darf keine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln werden. Daß ein goldenes Zeitalter vor der Tür steht, ist nicht zu erwarten. Mensch bleibt Mensch. Wirklicher Mensch ist aber nur, wer sich ein Ideal vor Augen stellt, auf das er hinarbeitet, wenn auch ohne Aussicht, es je ganz zu erreichen. Ein solches Ideal für das spätere Völkerverhältnis zu skizzieren, ist schon oft versucht worden. Von der Wirklichkeit sind nur Annäherungswerte zu erwarten.“

(Fortsetzung folgt.)



## Kriegführung und Politik

Das neueste Werk Ludendorffs über den Weltkrieg

Von Hans Ulrich-Berlin

### II.

#### Die Politik



at unsere gesamte Politik, die innere wie die äußere, im Sinne Clausewitzscher und Bismarckscher Auffassung, so wie es der wahre Krieg verlangt, im Dienste der Kriegführung gestanden? — Wir haben bereits bei Beurteilung der rein militärischen Seite des neuen Ludendorff-Buches festgestellt, nein. Die politische Leitung Deutschlands hat den Krieg von Anfang an nicht in seinem wahren Wesen erkannt, und sie hat dies auch während des Krieges nicht gelernt.

„Das Versagen des politischen Gefühls und gesunden Willens des Reichskanzlers auf dem Gebiete der Wehrkraftpolitik ist das traurigste Wahrzeichen des Deutschlands vor dem Weltkriege. Es ist die Ausgeburt der haltlosen Schwäche der Regierung in innerpolitischen Fragen; denn leider war die Wehrkraftpolitik bei uns ein Bestandteil der inneren Politik. Es ist die traurige Folge jenes international-pazifistischen Denkens, dessen oberster Vertreter der Reichskanzler v. Bethmann war. Es überwog im Auswärtigen Amt, in einzelnen Reichs- und Staatsämtern, im Reichstag und in breiten Kreisen des Volkes und betrachtete — ganz im Sinne der feindlichen Mächte und ihrer Propaganda — jeden als Schädling, der unbeirrt auf das Verderbliche dieses Denkens hinwies und für die Wehrhaftmachung des Volkes und die tatsächliche Durchführung der Wehrpflicht

eintrat.“ — Mit diesen kurzen Sätzen kennzeichnet Ludendorff in treffender Weise das ganze Versagen der politischen Leitung bei Vorbereitung des großen Krieges. Die Regierung Bethmann Hollwegs hatte vollständig die Lehren des Bismarckschen Zeitalters und die Zusammenhänge der inneren Politik mit der äußeren vergessen. Wie unserer äußeren Politik Wille und Blick fehlten, so war es an erster Stelle innerpolitischen Rücksichten zuzuschreiben, wenn die Politik nicht die Kraft zu großzügigen Heeresvorlagen fand. Sie forderte, was sie im Reichstage durchzubringen für möglich hielt, nicht was notwendig war, bis endlich 1912 der Generalstab entscheidend drängte. Sie prägte das Wort „keine Ausgabe ohne Deckung“. Sie verkroch sich hinter ihm und fand in ihrem Unvermögen nicht den Mut, den Kampf mit dem Reichstage aufzunehmen, oder neue Deckungsmittel, die in reichstem Maße vorhanden waren, zu erschließen. Die Regierung versank in dem kleinlichen Schlamm der inneren Politik. Sie unterwarf sich ganz dem entnervenden Einfluß des deutschen Parlamentarismus und trieb in ihrer Abhängigkeit vom Reichstage schließlich auch eine innere Politik, die das Volk nicht für den bevorstehenden Entscheidungskampf kräftigte, sondern der Stärkung des Staates und der Regierungsgewalt zuwiderlief. Ludendorff zeigt uns dann, wie die politische Leitung, anstatt sich im Frieden wie Bismarck in der bewaffneten Wehrmacht das Mittel zur Durchführung ihrer Politik zu verschaffen, es den militärischen Stellen überließ, Aushilfen zu schaffen, wie aber auch diese dabei nicht einheitlich handelten und wie schließlich die deutsche Flotte teilweise im Gegensatz zur Politik und auf Kosten des Heeres entstand. Die Wehrkraft unseres Volkes, die besondere Stärke, die uns die Natur verliehen, unser starker Bevölkerungszuwachs, wurde in ganz ungenügender Weise ausgenutzt. Jede planmäßige Mobilmachung des gesamten Volks- und Wirtschaftslebens für den Deckungskampf unter straffer, einheitlicher Leitung des Reichskanzlers fehlte. Außenpolitisch, innenpolitisch, wirtschaftspolitisch und militärisch gänzlich ungenügend vorbereitet, führte die deutsche politische Leitung Deutschland in den Krieg, und sie fand auch in diesem nicht die Kraft, die Unterlassungen der Vorkriegszeit nachzuholen. Es hat sich bitter gerächt. Unsere schwache außenpolitische Stellung, die Nichtausnutzung unserer Wehrkraft und die Zustände im Deutschen Reich und Volk haben in ihrer Gesamtheit die Begehrlichkeit unserer Gegner und ihre Kriegslust gestärkt, sie haben uns zusammen mit den Mißgriffen und dem Unvermögen der Politik bei Kriegsausbruch den Fluch der Schuld am Kriege eingetragen, die Marne Schlacht aber wäre trotz der begangenen rein militärischen Fehler anders verlaufen. Diese ungeheure Schuld der Regierung des Reichskanzlers v. Bethmann zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Kriegführung bis zum Friedensschluß. In der gleichen Weise wie Ludendorff urteilt auch der französische Generalstabchef, General Buat, der in seinem Buche „Die deutsche Armee im Weltkriege“ schreibt: „Das Wunder an der Marne wäre unmöglich, der Angriff bei Ypern, wo Deutschland die Blüte seiner Jugend opferte, wäre unnötig gewesen, wenn Deutschland schon im Frieden seine ungeheure Menschenkraft für den Krieg bereitgestellt hätte.“

Das Versagen der politischen Leitung mußte um so fühlbarer werden, als an die Spitze der Obersten Heeresleitung unter dem General v. Falkenhayn eine Kriegführung trat, die nach Ludendorffs Ansicht ebenfalls das wahre Wesen

dieses Krieges nicht richtig erkannte, deren Anschauungen anscheinend vielmehr denen nahe standen, die ein Nachgeben des Feindes bei hinhaltender Kriegführung für erreichbar hielten. „Die zweite D. H. L.“ so urteilt Ludendorff, „hielt jedenfalls den Reichskanzler nicht an, dem Kriege mit allen Mitteln zu dienen. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hatte sich damit abgefunden, daß der Reichskanzler auch weiterhin die Kriegführung zur See entscheidend beeinflusste und den uneingeschränkten U-Bootkrieg verhinderte, obwohl der U-Bootkrieg nach seinen — des Generals v. Falkenhayn — eigenen Worten 1916 ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Kriegführung und unserer Krieghoffnung war. Der Kampf gegen den Geist der feindlichen Völker war noch kaum aufgenommen.“ Daß das Volk nach der Marneeschlacht nicht durch den Reichskanzler über den gewaltigen Ernst der Lage aufgeklärt worden ist, bezeichnet Ludendorff als schwere Unterlassung.

Nach dem Amtsantritt Hindenburgs und Ludendorffs mußte es bei der grundlegenden Verschiedenheit der Auffassung vom Kriege und von den Kriegsbedürfnissen in dem Denken des Reichskanzlers v. Bethmann und der D. H. L. zu Reibungen kommen. Sie steigerten sich, je mehr die D. H. L. auf die rücksichtslose Anwendung aller uns zu Gebote stehenden Hilfsmittel zur Erreichung des Sieges drang, die Politik in gleichem Maße aber von der Verantwortung zurückschrak. Das zeigte sich besonders bei der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges, bei der Aufstellung und Durchführung des Hindenburgprogramms und des Hilfsdienstgesetzes und schließlich in der Führung der gesamten inneren Politik. Der Reichskanzler v. Bethmann konnte die große Aufgabe, die das Schicksal ihm auferlegte, nicht verstehen, noch viel weniger vermochte er zu Taten zu schreiten, von denen allein das Weiterleben unseres Volkes als Großmacht in einem selbständigen Staatswesen abhing. Maßgebend für seinen Standpunkt gegenüber den Forderungen der D. H. L. war seine Stellung zu den linken Parteien, namentlich zur Sozialdemokratie, mit der die Demokratie und der linke Zentrumsflügel immer mehr Hand in Hand arbeiteten. Ludendorff beleuchtet kurz die Rolle, die diese Parteien, vornehmlich die Sozialdemokratie, dank der schwächlichen Haltung der politischen Leitung gegenüber der Kriegführung der dritten D. H. L. zu spielen vermochten. Aus dem Hindenburgprogramm und dem Hilfsdienstgesetz wurde durch die Politik vornehmlich aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie etwas geschaffen, was in seinen Auswirkungen der Kriegführung schadete und den militärischen Nutzen mittelbar beeinträchtigte, beim Hilfsdienstgesetz sogar ganz aufgehob. Der Gedanke an einen Kriegsausgang ohne Sieg brach sich Bahn. Er führte nach Stockholm und schließlich zur verhängnisvollen, unseligen Friedensresolution im Sommer 1917, zum Kampf gegen den deutschen Sieg. Der Reichskanzler Michaelis erkannte zwar die sich daraus für das deutsche Volk ergebenden Gefahren. Er vermochte aber nicht mehr durchzugreifen. Die Führung der Politik war ausschließlich auf die international, pazifistisch, defaitistisch denkende Reichstagsmehrheit übergegangen. Der Reichskanzler Michaelis mußte ihr weichen, als er sich gegen sie zu stemmen versuchte, und dem mit ihrem Einverständnis zu seinem Nachfolger ernannten Grafen Hertling Platz machen. Dieser stand der Entwicklung der Verhältnisse im Innern noch hilfloser gegenüber als der Reichskanzler v. Bethmann. Er ließ den Parteien und ihren Mitglie-

im In- und Auslande weiteste Bewegungsfreiheit und verzichtete von vornherein auf jede Führung, jede Aufklärung des Volkes durch Presse und Propaganda. Die Mehrheitsparteien hatten den Sieg davongetragen und unter ihrem besonderen Schutze blühte der Weizen der Unabhängigen. Die Machtbefugnisse der Stellvertretenden Kommandierenden Generale wurden gebrochen. Was zur Kräftigung des Kriegswillens geschah, wurde im Reichstage planmäßig bekämpft. Ludendorff zeigt uns, wie die politischen Stellen sich weigerten, aus Furcht vor dem Reichstage Aufgaben zu übernehmen, deren Erfüllung ihnen oblag, wie die D. H. L. für jene in die Schranken treten mußte, um dann nachher hierfür von den Mehrheitsparteien und ihren Freunden der Einmischung in die Befugnisse des Reichskanzlers beschuldigt zu werden.

Ebenso wie die Kriegführung selbst stand unsere gesamte Außenpolitik während des Krieges unter dem Einfluß innerpolitischer Rücksichten. Daß diese damit nicht im Dienste der Kriegführung wirken konnte, ist klar. Zunächst bezeichnet es Ludendorff als eine geschichtliche Unwahrheit, wenn die dritte D. H. L. mit dem Gedanken der Selbständigkeitserklärung Polens belastet wird. Der Gedanke stammte von der Politik, die D. H. L. nahm ihn auf, solange sich die Möglichkeit bot, aus Polen Menschenkräfte für die Kriegführung herauszuholen. Ludendorff selbst sieht in der Selbständigkeitserklärung Polens, da sie uns keinerlei militärische Vorteile brachte, einen politischen Fehler. Ausführlicher geht Ludendorff auf die Stellungnahme der dritten D. H. L. zu den Kriegszielfragen ein. Er zeigt dabei, daß bei der Erörterung dieser Fragen die Auffassungen der Politik und Kriegführung wirklich nicht nennenswert auseinandergingen, daß der Kriegführung von der Politik aber nur höchst selten Gelegenheit gegeben wurde, sich grundlegend zu den Kriegszielen zu äußern. Trotzdem wurde sehr bald auch in den außenpolitischen Fragen von den Mehrheitsparteien gegen die D. H. L. gearbeitet. Es wurde ausgesprochen, daß die übertriebenen Forderungen der D. H. L. einen Frieden unmöglich machten. Ludendorff ist der Ansicht, daß die Führer der Mehrheitsparteien hieran selbst nicht ernstlich geglaubt haben. Ihnen sei es nur darauf angekommen, das Vertrauen des Volkes zur D. H. L. zu untergraben, weil sie von ihr den deutschen Sieg und entscheidenden Widerstand gegen ihre eigennützigen Bestrebungen befürchteten. Es wiederholte sich hier auf dem Gebiete der äußeren Politik nunmehr das gleiche Schauspiel, das wir von dem Gebiete der rein inneren Politik bereits kennen.

Ludendorff wendet sich dann der Besprechung der verschiedenen Friedensfragen zu. Dem Friedensangebot vom 12. Dez. 1916 hat die D. H. L., trotzdem sie schwere Bedenken gegen es hatte, schließlich doch zugestimmt. Sie sah in ihm ein Zeichen der Schwäche und drang darauf, daß das Angebot wenigstens zu einem Zeitpunkt erfolge, wo die militärische Lage es als Schwächezeichen nicht so klar hervortreten lasse. Im Anschluß hieran setzte sich Ludendorff mit den sogenannten Friedensvermittlungsversuchen des Präsidenten Wilson auseinander und zeigt, daß diese in Deutschland wirklich nicht als Friedensschritt aufgefaßt werden konnten, daß trotzdem die Kriegführung der Politik freie Bahn gelassen hat. Aber auch hierbei stellt Ludendorff wieder das gänzliche Versagen der politischen Leitung fest, die es nicht einmal verstand, die höhnische Ablehnung des Friedensangebots vom 12. Dezember und die Friedensbedingungen der Entente in ihrer Antwort an

Wilson zu benutzen, den Kriegswillen des deutschen Volkes zu heben. So wurde das Friedensangebot für uns zu einer Lähmung des Willens, statt durch die ihm widerfahrene Ablehnung zu einer Fanfare gegen den Vernichtungswillen des Feindes. Die Friedensbedingungen des Feindes wurden zu einem unerwiderten Schlag in das Gesicht des deutschen Volkes, statt zu einer Anklage gegen die Entente und zu einer Warnung vor deren Vernichtungswillen. — „Das Schicksal bot dem deutschen Reichskanzler immer wieder Gelegenheit — man kann wohl sagen — aus verfahrenen Lagen Nutzen zu ziehen und, wenn ein Friede schon nicht zu erlangen war, doch den Kriegswillen des Volkes zu stärken. Der Reichskanzler benutzte die Gelegenheit nicht. Der Feind sollte nach seinem Willen und dem Willen der Mehrheitsparteien nicht gereizt werden, aber der eigene Volksgeist durfte leiden. Es war immer das gleiche Lied und das gleiche Leid.“ — Bei der Behandlung der Friedensfragen im Jahre 1917 wurde die D. H. L. von der politischen Leitung einfach übergangen. Von den Friedensverhandlungen, die Kaiser Karl durch den Prinzen Syrtus unter Zustimmung des Reichskanzlers führte, hat die D. H. L. ebenso wenig erfahren wie über die Besprechungen über die Kriegsziele zwischen Wien und Berlin, die diesen Verhandlungen vorausgingen. Sie konnte deshalb einen entscheidenden Einfluß auf diese Friedensschritte und auf die folgenden nicht gewinnen. Sie konnte im Frühjahr 1917 angesichts unserer militärischen Lage nur warnen, sie konnte angesichts der sogenannten Friedensvermittlung des Papstes nur pflichtgemäß ihren Standpunkt über die für uns im Westen notwendigen Sicherungen darlegen. Den Vorwurf, den Frieden im Herbst 1917 sabotiert zu haben, weist Ludendorff entschieden zurück. Die D. H. L. hat sich vielmehr der Entscheidung des Kaisers gebeugt, der zugunsten der politischen Leitung gegen die D. H. L. entschieden hatte. Wer rücksehend das Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung auf dem Gebiete der Friedenspolitik seit dem Februar 1917 im ganzen überblickt, der muß Ludendorff in seiner Ansicht recht geben, daß die Politik nach jeder Richtung hin selbständig gearbeitet, daß die Gunst unserer militärischen Lage im Sommer und Herbst in keiner Weise von der Politik ausgenutzt worden ist, daß die Bedürfnisse der äußeren Politik und der Kriegführung vom Reichskanzler rücksichtslos innerpolitischen Erwägungen der Schwäche hintangestellt worden sind und daß die D. H. L. einfach vor gar keine andere Wahl gestellt worden ist, als den Krieg gegen die Westmächte fortzusetzen. Die Friedensentschließung bezeichnet Ludendorff noch einmal als einen der größten Fehler der Politik dieses Krieges auf Kosten der Kriegführung. Er muß sich aber selbst den Vorwurf machen, sich ihr nicht mit allen Mitteln entgegengestellt zu haben. Die Friedensschlüsse im Osten zeigten im Zusammenarbeiten von Politik und Kriegführung kein anderes Bild als das Jahr 1917. Man arbeitete nicht zusammen auf ein großes gemeinsames Ziel, sondern man arbeitete nebeneinander und durch die Schuld der Politik gegeneinander. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die die Kriegführung leitete, verliefen glatt, die Friedensverhandlungen, die die Politik leitete, schleppend und ergebnislos, bis schließlich die Kriegführung eingriff. Auch hier gaben wieder innerpolitische Erwägungen für die Haltung der Politik den Ausschlag. Sie achtete aus Angst vor der Reichstagsmehrheit nur ängstlich darauf, daß um des Himmels Willen die militaristische D. H. L. nicht Politik treibe.

Ludendorff erläutert dann, warum die D. S. L. in Brest-Litovsk eingreifen mußte und zeigt uns den Schaden der schleppenden Verhandlungen für die Kriegführung. Divisionen, die im Westen dringend für die große Offensive gebraucht wurden, mußten im Osten belassen werden.

Von höchstem Interesse sind Ludendorffs Ausführungen zum Friedens- und Waffenstillstandsangebot, nachdem er vorher auf die verschiedenen Versuche, durch neutrale Vermittlung zum Frieden zu kommen, eingegangen ist. Auch hier sehen wir wieder ein ganzliches Mißverstehen von Politik und Kriegführung. So kam der August und September. Die Kriegslage legte der deutschen D. S. L. als oberster Kriegsleitung eine noch nie dagewesene Verantwortung auf. Die bisherigen Versuche, zu Besprechungen mit dem Feinde zu kommen, hatten keinen Erfolg gehabt. Deutschland konnte jetzt nur Frieden erhalten, wenn es sich mit einem Antrage unmitttelbar an den Feind wandte. Über den ungeheuren Ernst dieses Schrittes diesem Feinde gegenüber war sich die D. S. L. im klaren, sie kam zu ihm nach reiflicher Überlegung und nicht als Folge eines Nervenzusammenbruchs des Generals Ludendorff. Sie machte das Friedensangebot aber von einer Bedingung abhängig, und diese lautete: — „Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbegrenzte Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will.“ — Diese Bedingung wurde maßgebend für das weitere Verhalten der D. S. L. gegenüber der Friedensfrage und für ihren schließlichen Entschluß zum Weiterkämpfen. Von einem jähen Stimmungswechsel der D. S. L. in dieser Beziehung kann keine Rede sein. Das Kriegskabinett des Prinzen Max von Baden hatte zu zeigen, daß es diesen Namen verdiente, aber es versagte noch kläglicher als die ihr vorausgegangenen Regierungen. Deutlich kam es immer mehr zum Ausdruck, daß den Männern um Scheidemann, Erzberger usw. nicht die nationale Verteidigung und das Wohl des Vaterlandes am Herzen lagen, sondern daß es ihnen in erster Linie um die Durchführung ihrer eigensüchtigen Interessen ankam. Einmal zur Macht gekommen, fielen sie der Kriegführung endgültig in den Rücken. Ludendorff, der ihnen noch das einzigste Hindernis auf ihrem verhängnisvollen Wege schien, mußte weg. Was danach kam, ist noch zu bekannt, als daß hierauf näher eingegangen zu werden braucht. Der politischen Kapitulation folgte die militärische.

Die Politik, nicht die Kriegführung, hat uns dorthin geführt, wo wir heute stehen. Der Krieg war seit dem Scheitern unserer letzten großen Offensive und dem Durchbruch amerikanisch-französischer Divisionen im August 1918 nicht mehr zu gewinnen, das steht außer Zweifel. Hätte sich das deutsche Volk und seine politische Leitung jedoch ermannt, der Grundbedingung der D. S. L. für die Herausgabe des Waffenstillstandsangebots an unsere Feinde zu folgen, wir wären jetzt, auch wenn wir damals nach gewaltigsten Anstrengungen — in Ehren — vor der Übermacht die Waffen gestreckt hätten, ein geschlossenes Volk. Wir konnten den Krieg verlieren, durften es aber nie unter den Erscheinungen tun, die eintraten. Daß sie eintraten, verdankt das deutsche Volk der Politik. Während starker Feind von außen anstürmte, hielten die Unabhängigen, die Mehrheitssozialdemokraten und die Demokraten aller Schattierungen die Zeit für ge-

kommen, den Ertrag des Krieges einzuheimsen. Das erschütternde Wort des Fürsten Bismarck vom 13. März 1885 war wahr geworden:

„Der Parteigeist überwuchert uns und verleitet das Volk, daß es das eigene Vaterland erschlägt, und diesen Parteizwist klage ich vor Gott und der Geschichte an, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall geraten wird“ — und Ludendorff fügt hinzu: „wenn die herrlichen Taten des Weltkrieges uns nicht den Sieg brachten oder unsere Freiheit sicherstellten.“



## Die Herbsttagung der Gesellschaft für freie Philosophie vom 25. bis 30. September 1921

Von einem Schüler



U einer zweiten Tagung hatte Graf Keyserling in diesem Jahre nach Darmstadt geladen. Und sie zeigte nicht nur glänzendere Bilder und einen regeren Besuch als die erste, auch der Gedanke der Erziehung zur Weisheit hatte stärkere Wurzeln geschlagen. Dieser Einklang der Gedanken ist hier wichtig. Denn zwar sprach jeweils nur einer und fand keine Diskussion statt; aber in dem einen sprachen alle. Die Atmosphäre schwang mit und hob die Versammlung auf das für dies Unternehmen nötige philosophische Niveau.

Mit dem Dreiklang seiner Vorträge „Was wir wollen“, „Der Weg“ und „Das Ziel“ schlug Graf Keyserling selbst den Grundakkord der Tagung an und brachte die geistige Weltumwälzung, in deren Strudel wir treiben, zum Bewußtsein seiner Hörer. Diejenige einseitige, „begreifende“ Denkroutine, die wir „Wissenschaft“ nennen und die während Jahrhunderte langer Alleinherrschaft Gelegenheit hatte, den westlichen Menschen entscheidend zu beeinflussen, hat schmachlich Fiasco erlitten: sie hat ihn enger, blinder, für das Befühlen und Ertafeln des Nützlichen geschickter, für das Schauen der (immer unnützen) Wahrheit untauglicher, kurz zu dem heutigen Zerrbild gemacht, zu dem animal intellectuale seu homa rapiens mit abnorm entwickelten Orientierungsorganen, dessen fossile Überreste und Tastabdrücke spätere Paläontologen einer staunenden Menschheit kopfschüttelnd herumreichen werden. Natürlich ist wissenschaftliches Denken unentbehrlich, aber wir verstehen sein Wesen heute besser als früher: nicht Erkenntnis verschaffen kann uns der Begriff. Das Seherische in uns muß aus anderen Quellen gespeist werden. Erkennen ist wesentlich Tiefere, als man bisher so nannte: ist Blick für den „Sinn“, für die Bedeutung, welche unsere Vorstellungen zum Ausdruck bringen, sofern sie wahrhaft tief sind. Das begriffliche Denken kann dabei ganz unoriginell sein; so haben Konfuzius, Buddha, Christus keine neue Orientierung, keine neue Lehre im wissenschaftlichen oder im theosophischen Sinne gebracht (Theosophie ist spiritualisierter Materialismus). Was sie der Menschheit brachten, waren nicht neue Kenntnisse, sondern eine neue Einstellung zu den alten wie zu allen künftigen Kenntnissen der Menschheit bis auf unsere